

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/92

15. Mai 1974

Unser neuer Präsident

Von Gustav Heinemann zu Walter Scheel

Von Willy Brandt
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Seite 1 / 41 Zeilen

Neue Wehrstruktur erhöht Kampfwert

Nein des Bundesrates zum Regierungsentwurf bleibt
unverständlich

Von Hermann Schmidt (Würgendorf) MdB
Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bun-
destages

Seite 2 und 3 / 68 Zeilen

Korrektur an der Theorie

Mit der "reinen Lehre" allein kann man in einer
Demokratie nicht regieren

Von Dr. Gerhard Nolle
Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion des Landtags
von Baden-Württemberg

Seite 4 und 5 / 88 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhalle 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 98 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kaiserstr. 117 - 119, Telefon: 976811

Unser neuer Präsident

Von Gustav Heinemann zu Walter Scheel

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Von Sozialdemokraten und Freien Demokraten gewählt, wird Walter Scheel das Amt des Bundespräsidenten antreten. Damit hat sich erneut bestätigt, was 1969 mit der Wahl Gustav Heinemanns begann: Das Jahrhundert des zuweilen tragischen Gegeneinanders der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Liberalismus ist endgültig Geschichte. Heute nutzen beide ihre neue historische Chance. Sie lassen sich diese Chance nicht entreissen. Der Liberale Walter Scheel folgt dem Sozialdemokraten Gustav Heinemann.

Gustav Heinemann verhalf der Bundesrepublik Deutschland zur staatlichen Identität. Er ist Beispiel für Bürgersinn und Bürgerstolz. Unbeugaam, wenn es darum geht, Freiheit zu schützen und Demokratie zu verwirklichen. Aber mehr noch: Unaufdringlich prägte er das Werk der Versöhnung und Aussöhnung mit unseren Nachbarn. Er hat sich ehrlich um unser Land verdient gemacht, sein Ansehen vermehrt, Schaden von ihm abgewendet.

Auch er wurde mit Gehässigkeit verfolgt. Um so mehr sah er die Notwendigkeit, das Volk, dessen erster Diener er ist, mit sich und seiner Geschichte auszusöhnen. Mehr als nur ein Anfang ist getan. Walter Scheel wird auf diesem Weg weitergehen.

Gustav Heinemann stand nur eine Wahlperiode an der Spitze unseres Staates. Er war der Auffassung, nur fünf Jahre hindurch ein aktiver Präsident sein zu können, ein Staatsoberhaupt, das die selbstgestellten hohen Anforderungen auch erfüllen kann. Er blieb auch dann bei seiner Meinung, als meine Freunde und ich drängten, er möge für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stehen. Gustav Heinemann ließ sich nicht umstimmen, weil er einen Präsidentenwechsel im Interesse des Staates für geboten hielt.

Gustav Heinemanns Amtsperiode ist noch nicht zuende, aber wir haben ihm schon jetzt zu danken. Seine Präsidentschaft war ein Glücksfall für unser Volk.

Der neue Präsident heißt Walter Scheel. Seit 1969 habe ich mit ihm Seite an Seite gearbeitet. Integrierter Demokrat wie Gustav Heinemann versteht er, mit notwendigen Kompromissen zu leben, sie, wenn nötig, vorzubereiten und durchzusetzen, ohne von seinen Überzeugungen zu lassen. Gewiß wird er dem Präsidentenamt eine eigene, seinem Temperament gemäße Prägung geben. Es gibt dabei keinen Zweifel: Walter Scheel wird auf dem Weg weitergehen, den Gustav Heinemann vorgezeichnet hat. Ein aktiver Präsident, der seine Kraft aus dem Kontakt mit dem Volk schöpft, dem er an erster Stelle dient. Walter Scheel war unser Kandidat, er wird ab Mitte des Jahres unser Präsident sein.

(-/15.5.1974/bgy/ae)

Neue Wehrstruktur erhöht Kampfwert

Nein des Bundesrates zum Regierungsentwurf bleibt unverstündlich

Von Hermann Schmidt (Würgendorf) MdB

Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Der Bundesrat hat den Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes behandelt, der die gesetzliche Verankerung des Wehrdienstes in der Verfügungsbereitschaft während einer Zeit von zwölf Monaten im Anschluß an den Grundwehrdienst oder an die Beendigung eines Dienstverhältnisses als Soldat auf Zeit vorsieht. Die Bundesrats-Mehrheit hat dazu den Antrag der CDU- und CSU-regierten Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und dem Saarland angenommen, in dem sie in sieben Punkten ihre Bedenken gegen die neue Wehrstruktur stützen. Obwohl Bundesverteidigungsminister Georg Leber mit überzeugenden Argumenten der Begründung dieses Antrags begegnet ist, soll auf die wesentlichen Punkte hier nochmals kurz eingegangen werden.

Der erste Vorbehalt, der gegen die neue Wehrstruktur geltend gemacht wird, ist der, daß durch die Verfügungsbereitschaft eine Reduzierung der Präsenz und damit eine Schwächung der Kampfkraft und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr erfolge. Dieser Vorbehalt wäre in der Tat beachtlich, er ist jedoch in doppelter Hinsicht unbegründet. In Übereinstimmung mit der NATO ist der Friedensumfang der Bundeswehr auf 495.000 Soldaten festgelegt worden. Diese Sollstärke hat die Bundeswehr bis heute nicht erreicht. Unter den CDU-Regierungen kam ihr Umfang noch nicht einmal auf die Zahl von 465.000. Erst seit 1969 haben sozialdemokratische Verteidigungsminister die Personalstärke auf über 482.000 erhöht. Die Verfügungsbereitschaft von 30.000 Mann stellt einen weiteren Aufbau der Bundeswehr unter Berücksichtigung des realistisch Möglichen dar. Es heißt Tatsachen auf den Kopf stellen, wenn heute CDU-Politiker von dieser Entwicklung ablenken, indem sie die weitere Erhöhung auf 495.000 als Präsenzreduzierung hinstellen wollen.

Die Verfügungsbereitschaft ist z.Zt. das einzige Mittel, die NATO-Sollstärke der Bundeswehr im Frieden unter Aufrechterhaltung ihres guten Ausrüstungsstandes zu erreichen. Die Verfügungsbereitschaft ermöglicht nämlich die Einsparung unnötiger Personalmittel, die bis jetzt zu einer sich ständig weiter öffnenden Schere der Betriebs- und Investitionskosten geführt haben. Noch für 1972 und 1973 lagen die für Investitionen, also für Beschaffungen, zur Verfügung stehenden Mittel unter 30 vH. des Etats

des Bundesministeriums der Verteidigung. Erst 1974 konnte eine Wende vollzogen und der Investitionsanteil auf 33 vH. erhöht werden. Damit werden die so notwendig benötigten Mittel frei, um die Bundeswehr mit einer Ausrüstung auszustatten, die es ihr erst ermöglicht, Kampfkraft und Einsatzbereitschaft zu verbessern. Die Verfügungsbereitschaft reduziert also nicht nur nicht die Präsenz der Bundeswehr, sondern setzt Mittel frei, um die dienenden Soldaten mit besserem Gerät zu versorgen. Sie erhöht also deren Kampfwert.

Ein weiterer Einwand, die Einberufung der Verfügungsbereitschaft könne im In- und Ausland als Mobilmachungsmaßnahme verstanden werden, erscheint mehr als weit hergeholt. Die Verfügungsbereitschaft ist Wehrdienst von Wehrpflichtigen im Frieden. So wenig, wie die Einberufung Wehrpflichtiger zum normalen Wehrdienst oder zur Wehrübung mißverstanden werden kann, so wenig wird dieser Vorgang einen anderen Stellenwert erhalten, wenn er sich auf die Verfügungsbereitschaft bezieht. Bei der Frage nach der Kosteneinsparung wird übersehen, daß es sich dabei nicht um eine Einsparung mit dem Ziel einer Kürzung des Verteidigungsetats handelt, sondern um eine Mittelumschichtung innerhalb des Etats. Diese Umschichtung zugunsten der Investitionstitel ist dringend erforderlich. Ansonsten würden eines Tages gerade noch Mittel zur Bezahlung des Soldaten und seines Kommißbrotes, jedoch keine zur Beschaffung seiner unumgänglichen Waffen mehr vorhanden sein.

Die innere Umstrukturierung der Bundeswehr könnte, selbst wenn sie zu einer Verringerung der Personalstärke geführt hätte, was - wie dargelegt - nicht der Fall ist, nicht als Maßnahme im Sinne einer Vorleistung internationaler Entspannungsverhandlungen gesehen werden. Dort geht es um mehr, als nur um den Umfang von Streitkräften. Schließlich haben zehn Soldaten, die über Nuklearwaffen verfügen, ein anderes Gewicht als 1.000 Soldaten, denen nur konventionelle Waffen zur Verfügung stehen.

Abgesehen von technischen Fragen, die mit wenigen Ausnahmen immer lösbar sind - die Zustellung von Einberufungsbescheiden dürfte zu regeln sein -, verbleibt ein einziger Einwand, der durchdringt: die Wehrgerechtigkeit. Doch gerade die fällt nicht in den Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich des Verteidigungsministers. Hier ist zunächst das Parlament am Zuge. Die Versagung der Zustimmung des Bundesrates zu dem Regierungsentwurf bleibt unverständlich.

(-/15.5.1974/ks/ee)

+ + +

Korrektur an der Theorie

Mit der "reinen Lehre" allein kann man in einer Demokratie nicht regieren

Von Dr. Gerhard Nolle

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion des Landtags von Baden-Württemberg

Die Forderung nach mehr Theorie gegenüber einer Politik, die sich in den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre trotz der vorliegenden Programme immer mehr in die Pragmatik des politischen Alltags verlor, war sicher berechtigt. Heute jedoch stellen wir fest, daß die neuen Theorien innerhalb der Sozialdemokratie ihre Feuerprobe in der Bevölkerung nicht bestanden haben. Die Theoriediskussion hat nach den vorliegenden Reaktionen der Bevölkerung nicht zum Erfolg beigetragen, sondern hat eher Unsicherheit und Verwirrung geschaffen und Ablehnung hervorgerufen. Was da aus dem 19. Jahrhundert hervorgeholt und auch weiterentwickelt wurde, trifft nicht das Bewußtsein der Bevölkerung. Eine Theorie aber, die nicht zur Mehrheit führt oder keine Mehrheit schafft, ist politisch unbrauchbar. Mit der reinen Lehre allein kann man in einer Demokratie nicht regieren, und die Diskussion als Dauerinstitution wird unverständlich.

Deshalb ist es dringend geboten, Theorie und Praxis stärker aufeinander abzustimmen. Dies kann und muß weiterhin auf der einen Seite durch die konsequente Durchsetzung praktischer Schritte geschehen. Ein Aufgeben der praktisch-politischen Ziele wie der Verbesserung der politischen Bildung käme einer Selbstaufgabe gleich. Die Fortsetzung der praktischen Reformpolitik muß aber gleichzeitig mit einer fortlaufenden Kritik und Korrektur der Theorie Hand in Hand gehen. Die kritische Theorie bedarf auch der Selbstkritik.

Ich will das an einigen Beispielen erklären:

1/ So kann selbst der Begriff "Reform" nicht mehr unreflektiert übernommen werden. Nicht nur weil ihn alle im Munde führen, sondern weil auch nicht jede Innovation in sich schon sinnvoll und berechtigt ist, einfach weil sie etwas Neues bringt. Der Fortschritt um des Fortschritts willen ist in Frage gestellt, seit wir die Grenzen des Wachstums im Blick haben. Fortschritt braucht Maß und Ziel. Neues kann auch schädlich sein. Fortschrittliche und konservative Haltung kann man nicht einfach dadurch unterscheiden, daß der Fortschrittliche grundsätzlich alle Neuerungen bejaht und der Konservative am Bestehenden festhält. Die kritische Frage lautet, nach welchen Maßstäben das Alte bewahrt und das Neue gewollt wird. Nicht jede Tradition ist gut oder schlecht, nur weil sie Tradition ist. So werden wir auch zwischen Reform und Reform zu unterscheiden haben.

2/ Zu dieser Reflexion über die Theorie gehört auch ein erneutes Nachdenken über das Verhältnis von repräsentativer und plebiszitärer Demokratie. Hier sind Ungereimtheiten, Brüche und Sprünge im Bewußtsein der Bevölkerung entstanden, die der Demokratie gefährlich werden können. Das heißt: auch der

Satz "Wir wollen mehr Demokratie wagen", muß definiert werden. Eine falsche Mischung demokratischer Elemente kann in der Massengesellschaft zu unerwarteten Eruptionen führen. Initiative ist nicht gleich Initiative, Protest nicht gleich Protest. Eine Aktion ist nicht um ihrer selbst willen schon gut. In diesem Zusammenhang muß sicher auch das Verhältnis von Gesinnung und Recht neu durchdacht werden.

3/ Die Kritik der Theorie muß sich intensiv mit dem Ideologiebegriff beschäftigen und die Relation von politischer Theorie und Ideologie klären. Die Reichweite der Politisierung muß überprüft werden, und es darf nicht unklar bleiben, was Pluralität heißt: weder in der Gesellschaft noch in der Wissenschaft. Dies hängt aufs engste zusammen mit einer einseitig polarisierenden und konfrontierenden Konflikttheorie, die so weder Grundlage der Gesellschaft noch der politischen Erziehung noch der politischen Meinungsbildung sein kann. Eine Gesellschaft, in der die Unzufriedenheit mit den Regierenden und Etablierten ständig angeheizt wird, kann bei Wahlen schwerlich zu einem raschen Umdenken veranlaßt werden. Bisher ist noch keine Regierung gewählt worden, mit der möglichst viele unzufrieden sind und deren Erfolge auch aus den eigenen Reihen ungenügende Zensuren erhalten.

4/ Die zutiefst sozialistische Lehre, daß das Sein das Bewußtsein schafft und daß aus neuen Verhältnissen ein neuer Mensch und eine neue Gesellschaft hervorgehen, muß ebenfalls kritisch überprüft werden. Organisationen, Strukturen und äußere Bedingungen allein genügen nicht, wenn nicht Personen in ihnen verantwortlich mitwirken und mitgestalten. Das Interesse allein ist so wenig eine Basis für eine neue Gesellschaft wie der Konflikt. Das haben uns die Mitbestimmungsprobleme an den Universitäten gelehrt. Personale Zusammenarbeit und Vertrauen allein reichen bestimmt nicht aus. Sie müssen ergänzt werden durch die fortschreitende Verbesserung der Strukturen. Aber die Wechselwirkung von Person und Struktur darf nicht übersehen werden. Kontrolle ist nötig, dringend notwendig, aber ohne Vertrauen im Zusammenleben, in der Kooperation, ja selbst in den demokratischen Auseinandersetzungen geht es nicht. Eine einseitige Konfliktideologie ist nicht weniger falsch als eine Gemeinsamkeitsideologie. Man kann nicht soziale Integration fordern und gleichzeitig Klassenkampf machen. In ähnlicher Weise muß die Spannung zwischen den Begriffen Autonomie, Selbstbestimmung und Emanzipation einerseits und den Begriffen Mitbestimmung und Solidarität andererseits besser ausgelotet werden. undefiniert führen diese Begriffe in eine totale Verwirrung und Verunsicherung.

5/ Die Kritik der Theorie muß nach der Sprache fragen, in der sich diese artikuliert, und nach dem Stil ihres Auftretens und ihrer Erscheinung in der Öffentlichkeit. In der Demokratie wird nur der eine Mehrheit finden, der durch seine Sprache, seinen Stil und sein Auftreten Vertrauen erweckt und Anerkennung findet.

In diesen zentralen Punkten der Theorie fallen auch für die praktische Politik der Zukunft die Entscheidungen. Hinter den gegenwärtigen Zustand der SPD führt kein Weg zurück, weder personell noch theoretisch. Die Geschichte läßt sich nicht umkehren. Die Kurskorrekturen müssen in Fahrtrichtung geschehen. Die Wegweiser dafür sind personelle Integrationen und kritische Korrektur der Theorie.

(-/ 15.5.1974/ks/pr)